

Matthias Hauer

Ihr Abgeordneter für den Essener Süden und Westen

Newsletter ••• 01/20

17.01.2020



Die Bundestagsabgeordneten bei einer der namentlichen Abstimmungen zur Reform der Organspende.

Organspende weiterhin nach Zustimmung

Mit einer breiten Mehrheit hat der Deutsche Bundestag am Donnerstag entschieden, dass eine Organspende weiterhin nur mit ausdrücklicher Zustimmung des Betroffenen möglich ist. Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) hatte beim Thema Organspende Druck gemacht und dafür geworben, eine doppelte Widerspruchslösung einzuführen: Dabei wäre jeder automatisch Spender, so lange er nicht widerspricht. „Ich habe die doppelte Widerspruchslösung unterstützt“, sagt Matthias Hauer MdB, der selbst auch Organspender ist und den Gesetzentwurf mit unterzeichnet hatte (siehe Kommentar rechts). Dieser Antrag erhielt jedoch keine Mehrheit. 432 Abgeordnete stimmten in dritter Lesung für die Zustimmungslösung, 200 dagegen. Damit soll verstärkt auf Beratung gesetzt werden, um die Spendenbereitschaft zu erhöhen. Zudem soll es einfacher werden, sich zum Thema Organspende zu erklären, indem ein Online-Register eingerichtet wird. Bürgerinnen und Bürger werden künftig zum Beispiel beim Beantragen von Ausweis oder Führerschein auf das Thema Organspende angesprochen.

Iran-Irak: Unionsfraktion steht für Stabilisierung der Region

Außen- und innenpolitisch brodet es im Iran. Die aktuelle Lage in Nahost war deshalb auch Thema im Deutschen Bundestag. „Wir müssen mit aller Kraft daran arbeiten, mit diplomatischen Mitteln die Irankrise so zu entschärfen, dass wieder mehr Ruhe in die Region einkehren kann“, sagte der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Ralph Brinkhaus. Die Unionsfraktion stehe zudem für ein weiteres Engagement der Bundeswehr im Irak. Gleichzeitig setzen sich die Europäer für eine Beibehaltung des Atomabkommens mit dem Iran ein. Deutschland, Frankreich und Großbritannien hatten in dieser Woche das Streitschlichtungsverfahren ausgelöst. Das Abkommen war geschlossen worden, um den Iran daran zu hindern, Atomwaffen zu entwickeln. Nach dem Ausstieg der USA aus dem Vertrag im Mai 2018, verletzt Teheran die Vereinbarung immer wieder. Jetzt hat das Land angekündigt, Uran uneingeschränkt anreichern zu wollen.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Essenerinnen und Essener!

Das Ergebnis der Neuregelung der Organspende hat mich enttäuscht (siehe Text links).

Etwa 9.500 Menschen warten derzeit in Deutschland auf ein Spenderorgan. Es geht dabei um Leben und Tod. Wir müssen diesen schwerkranken Menschen beistehen und endlich mehr Organspenden ermöglichen. Mit der Widerspruchslösung wäre dies am besten gelungen und gleichzeitig die freie Entscheidung des Einzelnen gewahrt geblieben. Leider fand dieser Gesetzentwurf keine Mehrheit.

Diese Lösung hätte niemanden dazu verpflichtet, seine Organe zu spenden, sondern lediglich dazu, sich für oder gegen die Organspende zu entscheiden. Das halte ich für zumutbar – gerade weil tausende Menschen dringend auf ein lebensrettendes Organ warten. Deutschland ist unter den acht Ländern, die zu Eurotransplant gehören, das Schlusslicht bei den Spenderzahlen. Keines dieser Länder hat eine reine Zustimmungslösung.

Ich habe hohen Respekt auch vor Menschen, die eine andere Meinung zu dieser zutiefst ethischen Frage vertreten. Ich persönlich habe mich aus den vorgenannten Gründen – nach reiflicher Überlegung und nach vielen Gesprächen mit Betroffenen in Essen – für die doppelte Widerspruchslösung entschieden.

Ihr

Matthias Hauer MdB





Fachgespräch mit Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier: Die Unionspolitiker für Digitales besprachen am Dienstag die Themen für 2020, darunter den Digitalfonds und Künstliche Intelligenz.

Kinder besser vor Missbrauch schützen

Mit einer Änderung des Strafgesetzbuches hat der Deutsche Bundestag am Freitag schon den Versuch des Cybergroomings unter Strafe gestellt. Unter Cybergrooming versteht man das gezielte Ansprechen von Kindern im Internet zur Anbahnung sexueller Kontakte. „Häufig täuschen die Täter über ihr wahres Alter und geben sich als Kinder oder Jugendliche aus“, erklärt Matthias Hauer MdB. „Mit einem falschen Profil erschleichen sie sich das Vertrauen der Kinder und bereiten sexuellen Missbrauch vor, der dann entweder per Chat, durch Nacktfotos, Erpressung von pornografischen Videoaufnahmen oder auch bei realen Treffen erfolgt.“ Cybergrooming ist seit 2004 strafbar und wird mit einem Freiheitsentzug von bis zu fünf Jahren bestraft. Allerdings griff dieser Straftatbestand bisher nicht, wenn der Täter lediglich glaubte, auf ein Kind einzuwirken, aber stattdessen mit einem Erwachsenen, zum Beispiel einem Polizisten, kommunizierte. „Mit der Gesetzesänderung werden Ermittlungen, auch im Darknet und in Foren, erleichtert“, bekräftigt Matthias Hauer. Kinder auch im Internet besser zu schützen, war ein Anliegen der Unionsfraktion im Koalitionsvertrag, das jetzt umgesetzt wurde.

Finanzausschuss

Öffentliche Anhörung zur Regulierung zentraler Gegenparteien

Ein weiterer Schritt zu mehr Finanzmarktstabilität: Am Mittwoch hat der Finanzausschuss bei einer öffentlichen Anhörung Experten dazu befragt, wie zentrale Gegenparteien besser reguliert werden können. Unter anderem für dieses Thema ist Matthias Hauer MdB für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zuständig.

Zentrale Gegenparteien (CCP) sind Unternehmen, die zwischen Verkäufer und Käufer von Finanzprodukten geschaltet sind. Dabei wird das Ausfallrisiko eines Käufers oder Verkäufers auf die CCP übertragen. Seit 2012 sind europäische Marktteilnehmer verpflichtet, außerbörsliche Derivateverträge (Over the Counter – OTC) über eine zentrale Gegenpartei abzuwickeln.

„In der Finanzkrise 2008 hat sich gezeigt, dass die Risiken des OTC-Handels nicht ausreichend abgesichert sind“, erklärt Matthias Hauer. „Wir wollen mit dem Gesetz auch Finanzmarktinfrastrukturen wie zentrale Gegenparteien widerstandsfähiger machen.“ Geplant ist unter anderem die Einrichtung eines Ausfallfonds. Außerdem soll jede zentrale Gegenpartei ausreichend vorfinanzierte Eigenmittel bereit halten. Ziel ist es, für mehr Finanzstabilität zu sorgen und die Kosten eines CCP-Ausfalls für Steuerzahler zu minimieren.

Sendung: tagesschau 01.01.2020 20:00 Uhr



Auch in der Tagesschau wurde Matthias Hauer MdB mit seinen klaren Aussagen zur linksradikalen Gewalt in Leipzig-Connewitz zitiert.

Gewalt gegen Polizisten

Matthias Hauer MdB hat sich über die Ereignisse in der Silvesternacht in Leipzig deutlich geäußert. Bei Ausschreitungen zwischen Linksautonomen und der Polizei wurde unter anderen ein Beamter schwer verletzt. „Dem 38-jährigen Polizisten ist der Helm vom Kopf gerissen worden und er wurde brutal attackiert. Laut Staatsanwaltschaft wurde dabei sogar dessen Tod billigend in Kauf genommen“, erklärt Matthias Hauer. „Es ist unfassbar, wenn linke Politiker diese linksradikalen Gewalttäter als ‚Feiernde‘ verharmlosen. Hier handelt es sich um versuchten Mord.“ Mit seinen klaren Aussagen wurde der Essener Bundestagsabgeordnete auch in der Tagesschau (Bild links) und weiteren Medien zitiert. „Wir brauchen über alle Parteigrenzen hinweg – wie beim Rechtsextremismus – auch eine klare Verurteilung des Linksextremismus“, betont Matthias Hauer.

Essen



Bild links: Im sozialen Netzwerk Twitter hatte sich der baden-württembergische Politiker Hans-Ulrich Rülke (FDP) mit einem kritischen Beitrag über das Ruhrgebiet geäußert. Bild rechts: Auf Twitter, im Interview mit Sat.1 NRW und auch in weiteren Medien hielt der Essener Bundestagsabgeordnete Matthias Hauer dagegen, sprach sich deutlich gegen ein Regionenbashing aus und warb für das Ruhrgebiet.



Matthias Hauer weist Kritik am Ruhrgebiet zurück

Mit einem Tweet sorgte der FDP-Politiker Hans-Ulrich Rülke zu Beginn des Jahres für Aufsehen: „Baden-Württemberg zum Wasserstoffland Nr. 1 machen, damit wir nicht das Ruhrgebiet des 21. Jahrhunderts werden“ stand auf dem Schild, mit dem sich der dortige Landtagsabgeordnete in den sozialen Netzwerken zeigte. Matthias Hauer MdB

hielt dagegen: „Beispielsweise die Essener Unternehmen ThyssenKrupp, innogy und Open Grid Europe sind längst Vorreiter in der Wasserstoff-Technologie“, stellte er in seiner Antwort an Rülke klar. „Jeder soll gerne seine Heimat toll finden – aber muss dafür Regionenbashing auf Kosten anderer sein? Wer ‘das Ruhrgebiet’ als Schimpfwort benutzt, war offenbar noch nie hier“, so Hauer weiter. Der Essener Konzern ThyssenKrupp hatte Rülke zudem zu einem Informationsbesuch eingeladen.

Diskussion mit Essener Wirtschaftsunioren

Zu einem Diskussionsabend in der IHK zu Essen hatten die Wirtschaftsunioren Matthias Hauer MdB am 9. Januar eingeladen. „Die Essener Wirtschaftsunioren sind eine starke Truppe aus jungen Unternehmerinnen und Unternehmern sowie aus Führungskräften – sie übernehmen auch Verantwortung für Arbeitsplätze und für Steuereinnahmen in unserer Stadt“, betont Matthias Hauer. „Wir haben über wirtschafts- und gesellschaftspolitische Fragen gesprochen sowie Möglichkeiten gemeinsamer Projekte ausgelotet. Ich freue mich auf die Kooperation.“ Der Bundestagsabgeordnete tauscht sich regelmäßig mit Vertreterinnen und Vertretern der Essener Wirtschaft aus.



Austausch bei Essener Neujahrsempfängen



Auch zu Beginn dieses Jahres nahm Matthias Hauer MdB an zahlreichen Neujahrsempfängen teil, um mit Bürgerinnen und Bürgern sowie den Ehrenamtlichen der örtlichen Vereine ins Gespräch zu kommen. So war der Essener Abgeordnete u.a. beim TUSEM Essen zu Gast (Bild links), begrüßte mit den Bürgerschützen in Altendorf das neue Jahr (Bild Mitte), tauschte sich im Rahmen des Borbecker Stadtgesprächs mit Engagierten vor Ort aus und besuchte den Empfang der Vereine Bredeney aktiv und Bredeney attraktiv (Bild rechts). „Es war sehr schön, die vielen bekannten Gesichter im noch jungen Jahr 2020 in alter Frische wiederzusehen“, resümiert Matthias Hauer.

Kontakt



Matthias Hauer MdB besuchte den Festakt auf dem UNESCO-Welterbe Zollverein.

Festakt: „10 Jahre Kulturhauptstadt“

Gemeinsam mit hochkarätigen Vertreterinnen und Vertretern von Politik, Wirtschaft und Kultur hat Matthias Hauer MdB am 10. Januar den Festakt zu zehn Jahren Kulturhauptstadt und Ruhr Museum auf dem Essener UNESCO-Welterbe Zollverein besucht. In seiner Festansprache betonte Horst Köhler, Bundespräsident a.D., dass das Ruhrgebiet mit der Industrialisierung und der Globalisierung einer der Pioniere der Transformation sei und mit Kohle und Stahl den gewaltigsten Wohlstandsschub der Menschheitsgeschichte ermöglicht habe. Unter dem Motto „Zehn nach Zehn“ werden auf Zollverein noch bis zum 25. Januar gleich zwei Jubiläen gefeiert: Vor zehn Jahren wurden hier die Kulturhauptstadt Ruhr.2010 eingeläutet und das Ruhr Museum durch den damals amtierenden Bundespräsidenten Köhler eröffnet.

Sprechen Sie Matthias Hauer gerne an!



Unterstützen Matthias Hauer in Essen und Berlin: Carolin Adamek, Britta Kremer, Savina Lobina, Dirk Alexander Stahns, Cathérine Ricken-Lefor (bis 2019), Cornelius Gerster und Katrin Arnholz (v.l.) © Deutscher Bundestag/ Inga Haar

Seit September 2013 ist Matthias Hauer der direkt gewählte Bundestagsabgeordnete für den Essener Süden und Westen.

In der aktuellen Wahlperiode gehört er dem Finanzausschuss und dem Ausschuss Digitale Agenda an. Zudem ist er stellvertretendes Mitglied im Haushaltsausschuss, im Ausschuss für Inneres und Heimat sowie im Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz.

Haben Sie Fragen oder Anregungen? Dann nutzen Sie gerne die folgenden Kontaktmöglichkeiten.

Büro Berlin

Deutscher Bundestag
Matthias Hauer MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: 030 227 75169
Fax: 030 227 76169

Büro Essen

Matthias Hauer MdB
Blücherstr. 1
45141 Essen

Tel.: 0201 545 46100
Fax: 0201 545 46101



E-Mail: matthias.hauer@bundestag.de

Facebook: facebook.com/matthiashauer.cdu

Twitter: twitter.com/MatthiasHauer

Internet: matthias-hauer.de